

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Energieprogramm - Cancun - OPEC - Europäische Gemeinschaft - Frankreich

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1981) : Kurz kommentiert: Energieprogramm - Cancun - OPEC - Europäische Gemeinschaft - Frankreich, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 11, pp. 525-526

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135616>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Energieprogramm

Keine Kursänderung

Vier Jahre nach seiner letzten Überarbeitung hat das Kabinett jetzt die dritte Fortschreibung des Energieprogramms verabschiedet. Anlaß zur Neufassung war vor allem die Tatsache, daß die in der zweiten Fortschreibung veröffentlichten Vorausschätzungen durch die wirtschaftliche Entwicklung unrealistisch geworden waren. Das neue Programm ist in dieser Hinsicht „zeitloser“: es verzichtet weitgehend auf quantitative Ziele. Inhaltlich liegt es ganz auf der Linie des alten. Die Regierung konstatiert einen Erfolg ihrer marktwirtschaftlich ausgerichteten Energiepolitik und sieht daher keinen Anlaß zu einer Kursänderung.

Die von den Kernkraftbefürwortern erhoffte klare Aussage zugunsten eines forcierten Baus von Kernkraftwerken ist ausgeblieben. Zwar wird der gegenwärtige Beitrag der Kernenergie zur Stromerzeugung als zu niedrig bezeichnet, doch folgt die Regierung mit der Kompromißformel „Zubau im Rahmen des Bedarfs“ eher der von der Kernenergie-Enquête-Kommission des Bundestags empfohlenen Linie, die endgültige Entscheidung über die Rolle der Kernenergie bei der Energieversorgung zurückzustellen, um nicht andere Wege zur Lösung der Energieprobleme von vornherein zu verbauen. Angesichts vieler noch offener Fragen erscheint diese Strategie auch sinnvoll. Ihr Erfolg wird allerdings nicht zuletzt davon abhängen, daß die Politik der Energieeinsparung und der Erforschung der Möglichkeiten aller Energieträger vorangetrieben wird. Hier wird die Regierung nicht an den Absichtserklärungen im neuen Energieprogramm zu messen sein, sondern an ihrem Handeln. ma

Cancun

Meinungsaustausch im Freizeitlook

Am Ende des entwicklungspolitischen Gipfels von Cancun verbreiteten die Teilnehmer gedämpften Optimismus. Die befürchtete offene Konfrontation zwischen Nord und Süd war ausgeblieben; statt dessen war viel vom „Geist von Cancun“, einer neuen Atmosphäre gegenseitigen Verstehens und Vertrauens, die Rede.

Bei der Suche nach greifbareren Ergebnissen tut man sich allerdings schwer. Die Diskussionen zu den zentralen Themen Ernährung, Energie, Handel sowie internationale Währungs- und Finanzfragen brachten wenig Neues. Beim Ernährungsproblem konnte noch Einigkeit erzielt werden, daß der Landwirtschaft absolute Priorität einzuräumen sei. Einer selbständigen Energietochter der Weltbank stehen die USA jedoch weiter ablehnend gegenüber, und im Bereich des internationalen Handels werden erst die Ergebnisse der für 1982 geplanten GATT-Ministerrunde und das neu auszuhandelnde Welttextilabkommen Aufschluß über den künftigen Kurs geben. Die Gegensätze in Währungs- und Finanzierungsfragen bestehen unverändert fort. Lösungen für die hochverschuldeten und in Einzelfällen am Rande des Bankrotts stehenden Entwicklungsländer sind nicht in Sicht.

Aber auch gemessen am zuvor formulierten bescheidenen Anspruch der Konferenz – Wegbereiter globaler Verhandlungen zwischen Nord und Süd zu werden – scheint ihr Erfolg zweifelhaft. Die Frage nach Inhalt, Rahmen und Zeitpunkt solcher Verhandlungen blieb im Grunde offen. Es ist zu befürchten, daß zum einen die Reagan-Administration unter Ressourcentransfer nach wie vor primär Ideologieexport versteht, zum anderen im „Süden“ die Einsicht in die Notwendigkeit verstärkter Eigenanstrengungen noch nicht groß genug ist. So ist der vielbeschworene „Geist von Cancun“ wohl vor allem der Tatsache zu verdanken, daß dieser Meinungsaustausch im Freizeitlook vonstatten gehen konnte. Wenn dann auch noch keine bindenden Beschlüsse anstehen, lassen sich scharfe Polemik und offene Konflikte leicht vermeiden. er

OPEC

Wieder einheitliche Preise

Nur zehn Wochen nach einem vergeblichen Einigungsversuch der OPEC mußten die Hochpreisländer angesichts des Überangebots an Erdöl auf dem Weltmarkt nun doch ihre Exportpreise herabsetzen. Mit der Senkung, die bis Ende 1982 gültig sein soll, ist die Preisspanne zwischen den verschiedenen Sorten merklich geschrumpft. Hierdurch wird allerdings das Öl für die deutschen Verbraucher kaum verbilligt werden, da gleichzeitig das saudi-arabische Öl teurer wurde und auch der Preis für Nordseeöl angehoben werden soll.

Diese Erhöhungen betreffen etwa die Hälfte der deutschen Rohölimporte.

Verbindliche Absprachen über eine Anpassung der Fördermengen wurden, zumindest offiziell, nicht getroffen. Immerhin hat mittlerweile Saudi-Arabien eine Rücknahme der Produktion auf das früher genannte Förderziel von 8,5 Mill. Barrel pro Tag angekündigt. Ob aber die Hochpreisländer, die in den vergangenen Monaten einen erheblichen Rückgang ihrer Ölexporte hinnehmen mußten, durch ihre Preisreduzierung den Export wieder ankurbeln können, bleibt angesichts der weiterhin schleppenden Nachfrage auf dem Weltmarkt zweifelhaft.

Die Ölverbraucher müssen in dieser Lage für die nächste Zeit nicht mit weiter steigenden Preisen rechnen. Angesichts des reichlichen Ölangebots besteht damit allerdings die Gefahr, daß die Importländer in ihrem Bemühen nachlassen, den Ölanteil am Energieverbrauch weiter zu reduzieren. Dann wäre aber die nächste Preisanhebung nur um so eher zu erwarten – und vermutlich ebenso ein erneuter Zusammenbruch des mühsam erreichten einheitlichen Preissystems der OPEC-Länder. km

Europäische Gemeinschaft

Bleibt Griechenland Mitglied?

Nach dem Wahlsieg der sozialistischen Partei (Pasoc) stellt sich die Frage, ob Griechenland nach nur einem Jahr Mitgliedschaft die Gemeinschaft wieder verläßt. Vermutlich wird es darüber nicht zu einem Referendum kommen, weil der Staatspräsident, einer der Beitrittsinitiatoren, ein solches Ansinnen ablehnen wird. Die neue Regierung Papandreou dürfte daher nach dem Muster der britischen Neuverhandlungen versuchen, im Konflikt mit ihrer Politik stehende Regelungen zu ändern.

Der Beitritt – primär politisch motiviert – vollzog sich unter ungünstigen ökonomischen Ausgangsbedingungen. Die Anpassungsfähigkeit der griechischen Wirtschaft dürfte überschätzt worden sein. Zudem ging man auf griechischer Seite wohl auch von überzogenen Erwartungen hinsichtlich der Einkommenstransfers zugunsten des Landes aus. Die innerhalb von drei Jahren abzubauenen Zölle und nichttarifären Handelshemmnisse werden die Handelsbilanzprobleme gegenüber der EG verschärfen. Der jüngst abgelehnte Schutz für die junge griechische Stahlindustrie gibt einen Vorgeschmack auf die Probleme. Andererseits sind die Gewinne im Agrarbereich nur begrenzt und nicht vergleichbar etwa mit denen Irlands.

Auch wenn im Programm der Pasoc eine starke ideologische Komponente („griechische Unabhängigkeit“) deutlich wird, scheint die neue Regierung die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft realistischer einzuschätzen. Sie wird eine stärkere Rücksichtnahme auf die „Besonderheiten der griechischen Wirtschaft“ im Rahmen von Verhandlungen durchzusetzen suchen. Das aber läuft wohl auf eine Verlängerung der „Anpassungs(-schon)fristen“ hinaus und schließt weitere Protektionsmaßnahmen nicht aus. Nicht zuletzt aus politischen Gründen dürfte bei den anderen EG-Ländern eine gewisse Bereitschaft vorhanden sein, auf entsprechende griechische Wünsche einzugehen. kr

Frankreich

Rückkehr zu Preiskontrollen

In Frankreich wurden im Zusammenhang mit der jüngsten Neufestsetzung der Kurse im Europäischen Währungssystem, die für den Franc eine Abwertung bedeuteten, wieder Preiskontrollen eingeführt. Die aus der schubartigen Verteuerung der Einfuhren resultierende Verstärkung des inländischen Preis- und Kostenauftriebs soll so in Grenzen gehalten werden. Die Einzelhandelspreise für bestimmte Nahrungsmittel sind, ebenso wie die Handelsspannen der Importeure, bis Ende dieses Jahres, die Dienstleistungstarife sogar bis zum nächsten Frühjahr eingefroren worden.

Die Abwertung des Franc dürfte jedoch nur der äußere Anlaß für die teilweise Aufhebung der erst in den letzten Jahren hergestellten Preisfreiheit sein. Eine größere Rolle hat vermutlich die Einsicht gespielt, daß die Politik der Nachfrageankurbelung das Inflationspotential deutlich erhöht. Soll es nicht rasch virulent werden, müssen die Bemühungen der Regierung um eine spürbare „freiwillige“ Begrenzung des Lohnauftriebs erfolgreich sein. Eine Senkung der Lohnsteigerungsrate auf die projizierte Teuerungsrate von 10 % aber ist nicht zuletzt deshalb wenig wahrscheinlich, weil dann mit einer deutlichen Realeinkommenseinbuße für die Arbeitnehmer gerechnet werden müßte – ist doch eine ebenso rasche Verringerung der Inflationsrate von derzeit 14 % auch bei Lohnmäßigung nicht zu erwarten, es sei denn, mit Hilfe noch umfangreicherer Preiskontrollen. Mit der Warnung vor einem Mißbrauch der Preisfreiheit hat die Regierung frühzeitig auf diese „Option“ hingewiesen. Über die kurze Sicht hinaus würden sich aber die wirtschaftlichen Probleme Frankreichs durch einen derartigen Aufstau der Inflation nur verschärfen. wt